

N i e d e r s c h r i f t

über die 28. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit

und Gleichstellung

am 22. Februar 2024

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Klinische Krebsregister Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3292](#)
Fortsetzung der Beratung..... 4
Beschluss..... 4

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Pflegeberufgesetzes und zur Ausbildung in der Pflege sowie Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes sowie des Niedersächsischen Gesundheitsfachberufgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3368](#)
Verfahrensfragen..... 6

3. a) **Einsamkeit und soziale Isolation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkennen und Lösungskonzepte sowie Präventionskonzepte erarbeiten!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/878](#) neu

b) **Gemeinsam statt einsam: Gemeinschaft stärken - landesweite Strategie gegen Einsamkeit entwickeln**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3371](#)
Beratung..... 8

4. **Vorbereitung einer parlamentarischen Informationsreise**..... 10

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Oliver Lottke (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Karin Emken (SPD)
3. Abg. Marten Gäde (SPD)
4. Abg. Andrea Prell (SPD)
5. Abg. Julia Retzlaff (SPD)
6. Abg. Claudia Schüßler (SPD)
7. Abg. Jan Bauer (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. Eike Holsten (CDU)
9. Abg. Volker Meyer (CDU)
10. Abg. Sophie Ramdor (CDU)
11. Abg. Thomas Uhlen (CDU)
12. Abg. Dr.in Tanja Meyer (GRÜNE)
13. Abg. Swantje Schendel (GRÜNE)
14. Abg. Vanessa Behrendt (i. V. d. Abg. Delia Klages) (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialrat Dr. Müller-Rüster,
Oberregierungsrätin Dr. Wetz.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsoberamtsrat Horn,
Regierungsrätin Kretschmer.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Pohl, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10.17 Uhr bis 10.49 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:*Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigt die Niederschrift über die 27. Sitzung.

*

Unterrichtungswunsch

Abg. **Volker Meyer** (CDU) bittet für die Sitzung am 29. Februar 2024 um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand durch die Landesregierung zu dem Antrag der CDU-Fraktion in der **Drucksache 19/3540 „Cannabislegalisierung stoppen, eine gesunde Entwicklung von Kindern und Gesellschaft fördern“** und spricht sich im Hinblick auf den beabsichtigten Beschluss des Deutschen Bundestages über das Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis, welches auch auf erhebliche Kritik seitens der Niedersächsischen Landesregierung stoße, und die absehbare Beratung dieses Gesetzes im Bundesrat dafür aus, die Beratung des Antrags der CDU-Fraktion bereits in der Sitzung am 29. Februar 2024 abzuschließen.

Abg. **Claudia Schübler** (SPD) erklärt sich mit der Unterrichtung durch die Landesregierung zu diesem Antrag in der Sitzung am 29. Februar 2024 einverstanden, aber sieht von einer Zusage über den Abschluss der Beratung bereits in dieser Sitzung ab, weil aufseiten der SPD-Fraktion bei dem Thema Cannabislegalisierung noch Beratungsbedarf bestehe und insofern nicht sicher sei, dass ihre Meinungsbildung dann schon abgeschlossen sein werde.

Abg. **Volker Meyer** (CDU) hebt hervor, dass das Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis am 22. März 2024 auf der Tagesordnung des Bundesrates stehen werde. Insofern biete sich in der Sitzung des Ausschusses am 29. Februar 2024 die letzte Chance, den Antrag auf die Tagesordnung für den Plenarsitzungsabschnitt vom 13. bis 15. März 2024 zu bekommen, über die der Ältestenrat in dessen Sitzung am 6. März 2024 beschließen werde.

ORR'in **Hasse** (MS) sagt eine Unterrichtung des Ausschusses durch die Landesregierung bereits in der Sitzung am 29. Februar 2024 zu, weist aber darauf hin, dass für eine inhaltlich umfassende Unterrichtung unter Hinzuziehung der beteiligten Ressorts mehr Vorbereitungszeit erforderlich wäre.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Klinische Krebsregister Niedersachsen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3292](#)

direkt überwiesen am 23.01.2024

federführend: AfSAGuG

mitberatend: AfRuV

zuletzt beraten: 27. Sitzung am 01.02.2024

Beratungsgrundlage: Vorlage 1

Fortsetzung der Beratung

MR **Dr. Müller-Rüster** (GBD) stellt die mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung abgestimmten Formulierungsvorschläge des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu dem Gesetzentwurf vor und erläutert diese im Sinne der schriftlichen Anmerkungen in der **Vorlage 1**. Darauf wird verwiesen.

Abg. **Claudia Schüßler** (SPD) schließt sich den Formulierungsvorschlägen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes an und spricht sich dafür aus, die Beratung des Gesetzentwurfs in der heutigen Ausschusssitzung abzuschließen, um eine Beschlussfassung im März-Plenarsitzungsabschnitt zu gewährleisten.

Abg. **Eike Holsten** (CDU) und Abg. **Dr.in Tanja Meyer** (GRÜNE) schließen sich dem Verfahrensvorschlag der Abg. Schüßler an.

Beschluss

Der - federführende - **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Die Beschlussempfehlung ergeht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen.

Als Berichterstatterin wird die Abg. **Claudia Schüßler** (SPD) benannt.

Im **Ausschuss** besteht Einvernehmen über einen mündlichen Bericht.

Tagesordnungspunkt 2:

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Pflegeberufgesetzes und zur Ausbildung in der Pflege sowie Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes sowie des Niedersächsischen Gesundheitsfachberufgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3368](#)

erste Beratung: 32. Plenarsitzung am 08.02.2024

federführend: AfSAGuG

mitberatend: AfRuV, KultA

Verfahrensfragen

Abg. **Volker Meyer** (CDU) sieht im Hinblick auf die eingehende Beratung des Gesetzentwurfs in der 32. Sitzung des Landtags am 8. Februar 2024, bei der die unterschiedlichen Positionen deutlich geworden seien, davon ab, den Gesetzentwurf noch einmal im Einzelnen vorzustellen und zu begründen.

Der Abgeordnete schlägt vor, zunächst die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Gesetzentwurf zu bitten und nach Vorlage der in Erarbeitung befindlichen bzw. angekündigten Entschließungsanträge zum Thema Pflege möglichst noch vor der parlamentarischen Sommerpause eine umfassende mündliche Anhörung durchzuführen, weil die Frage, wie die pflegerische Versorgung in Niedersachsen verbessert werden könne, sowohl pflegende Angehörige als auch Betroffene und Pflegeeinrichtungen brennend interessiere.

Abg. **Claudia Schübler** (SPD) spricht sich dafür aus, zunächst die Landesregierung um eine Unterrichtung zu bitten und dann über das weitere Verfahren zu entscheiden. Sie hebt hervor, dass das Thema Pflege den Landtag in Zukunft fortlaufend beschäftigen werde, weil im Zuge des demografischen Wandels die Zahl der Pflegebedürftigen in den nächsten Jahren weiter ansteigen werde und die Rahmenbedingungen entsprechend den Bedarfen fortwährend angepasst werden müssten.

Weiteres Verfahren

Der **Ausschuss** bittet die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung zu dem Gesetzentwurf.

Tagesordnungspunkt 3:

- a) **Einsamkeit und soziale Isolation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkennen und Lösungskonzepte sowie Präventionskonzepte erarbeiten!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/878](#) neu

- b) **Gemeinsam statt einsam: Gemeinschaft stärken - landesweite Strategie gegen Einsamkeit entwickeln**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3371](#)

zu a: erste Beratung: 12. Plenarsitzung am 23.03.2023

AfSAGuG

zuletzt beraten: 16. Sitzung am 07.09.2023

zu b: erste Beratung: 33. Plenarsitzung am 09.02.2024

AfSAGuG

Beratung

Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) spricht sich dafür aus, zu den Anträgen eine Anhörung durchzuführen.

Abg. **Swantje Schendel** (GRÜNE) erklärt, dass sie davon ausgegangen sei, dass in der heutigen Sitzung über die beiden Anträge Beschluss gefasst werden könne. Dafür, ob zu den Anträgen noch eine Anhörung durchgeführt werden sollte, bitte sie um etwas Bedenkzeit.

Abg. **Marten Gäde** (SPD) schließt sich dem Verfahrensvorschlag der Abg. Schendel an. Er hebt hervor, dass die Standpunkte zu den beiden Anträgen bereits umfassend zweimal im Plenum des Landtags und zu dem Antrag der CDU-Fraktion auch im Ausschuss ausgetauscht worden seien.

Weiteres Verfahren

Der **Ausschuss** stellt die abschließende Behandlung der Anträge zurück.

Tagesordnungspunkt 4:

Vorbereitung einer parlamentarischen Informationsreise

RR'in **Kretschmer** (LTVerv) kündigt an, dass sie auf der Grundlage der Programmvorschläge für eine parlamentarische Informationsreise nach Wien vom 9. bis 14. September 2024 (s. **Anlage**) eine Vorlage für den Ältestenrat erarbeiten werde, der dann in dessen Sitzung am 6. März 2024 darüber befinden könnte.

Die Anreise nach Wien könnte am Montag, dem 9. September 2024, um 9.26 Uhr erfolgen; Ankunft in Wien wäre dann planmäßig um 16.47 Uhr. Nach dem Einchecken im Hotel könnte an diesem Tag noch ein Briefing durch die Deutsche Botschaft in Wien stattfinden. Für den Dienstag, Mittwoch und Freitag könnten dann Programmpunkte in Wien und für Donnerstag der Besuch beim Notruf Niederösterreich GmbH als Träger der Leitstelle in St. Pölten eingeplant werden. Die Rückfahrt könnte am Samstag, dem 14. September 2024, zu ähnlichen Zeiten wie bei der Hinfahrt erfolgen.

Die Zugfahrt auf der Direktverbindung zwischen Hannover und Wien sei für diese parlamentarische Informationsreise nicht nur finanziell das wirtschaftlichste Transportmittel. Die rund siebenstündige Zugreise dauere nur zwei Stunden länger als eine Flugreise, für die einschließlich der Transfer- und Pufferzeiten fünf Stunden veranschlagt werden müssten. Zudem wäre die Abflugzeit entweder um 7 Uhr morgens oder um 20.15 Uhr ab dem Flughafen Hannover-Flughafen. Die Abflugzeit um 7 Uhr mit Eintreffen am Flughafen um 5 Uhr wäre für die von weither anreisenden Abgeordneten mit einer zusätzlichen Übernachtung in Hannover vor dem Abflug und einer kurzen Nacht verbunden; im Fall der Abflugzeit um 20.15 Uhr wäre der erste Tag schon für Programmpunkte verloren.

Abg. **Thomas Uhlen** (CDU) bittet darum, auch ein Übernachtungsangebot von dem Hotel magdas in Wien einzuholen, in dem Menschen mit Fluchterfahrung zur Integration in den Arbeitsmarkt beschäftigt würden.

Sozial- und gesundheitspolitische Themen und Anlaufstellen in Österreich – Vorschläge für die Ausschussreise des AfSAGuG

1. Die Gesundheitsreform in Österreich

Die Gesundheitsreform in Österreich ist ein umfassendes Programm, das darauf abzielt, die medizinische Versorgung der Patienten in Österreich in den nächsten Jahren zu verbessern und den wachsenden Problemen im Gesundheitssystem entgegenzuwirken. Die Reform wurde im Rahmen des Finanzausgleichs gemeinsam mit den Bundesländern und der Sozialversicherung verhandelt. Bis zum Jahr 2028 stellt der Bund jährlich zusätzlich über 2 Milliarden Euro für Gesundheit und Pflege zur Verfügung. Zusammen mit den Mitteln von Ländern und Sozialversicherung stehen insgesamt 14 Milliarden Euro für Gesundheit und Pflege bereit. Die Gesundheitsreform umfasst mehrere Maßnahmen, darunter die Stärkung des niedergelassenen Bereichs, Strukturreformen in Krankenhäusern, neue digitale Angebote und bessere Vorsorgeprogramme.

- die Ausgangslage ist z.T. mit Deutschland vergleichbar: relativer Ärztemangel und Verteilungsproblematik im niedergelassenen Bereich, Kosten und Ambulantisierung in Krankenhäusern, Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung, ...
- Austausch mit der Politik zu Problemen und Herangehensweise
- weiterführende Informationen: <https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitsreform.html>

2. Gesundheit Österreich GmbH

Die Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) in Wien ist das nationale Forschungs- und Planungsinstitut für das Gesundheitswesen sowie zentrale Stelle für Gesundheitsförderung. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die österreichische Gesundheitspolitik zu unterstützen und umzusetzen. Die GÖG ist in verschiedene Bereiche involviert, darunter die Bereitstellung von Daten und Informationen im Gesundheitswesen, die Entwicklung und Umsetzung von Gesundheitsprojekten, die Unterstützung bei der Planung und Steuerung des Gesundheitswesens sowie die Förderung von Forschung im Gesundheitsbereich. Alleingesellschafter der Gesundheit Österreich ist die Republik Österreich, vertreten durch den Gesundheitsminister.

- neben einem Besuch bietet es sich ggf. an, sich hier im Vorfeld nach weiteren „Vorzeigeprojekten“ zu erkundigen (@LT-Verwaltung)
- Weiterführend Informationen: <https://goeg.at/>

3. Notfallversorgung / Gesundheitsleitstellen

Österreich gilt als gutes Beispiel, wie die Notfallversorgung in einem föderalen System reformiert werden könnte. Dort gibt es ein standardisiertes und strukturiertes

Notrufabfragesystem. Dieses System wurde zunächst in St. Pölten als Modellprojekt eingesetzt und hat sich auf Bundesebene durchgesetzt. Gestützt wird die Leitstellenarbeit von einer Ersteinschätzungssoftware sowie den Möglichkeiten der elektronischen Gesundheitsakte (ELGA) – letzteres bis hin zur Nachverfolgung der Einhaltung der abgegebenen Empfehlung für etwa einen zeitnahen Praxisbesuch.

- möglicher Kontakt: Notruf Niederösterreich GmbH als Träger der Leitstelle in St. Pölten (<https://notrufnoe.com/>)

4. Community Health Nurses

Rund 115 Pilotprojekte zu Community Nursing werden in Österreich umgesetzt. Dadurch wird gemeindenahе Gesundheitsförderung, Unterstützung, Beratung und Prävention ermöglicht. Das Projekt wird umfassend seitens der Gesundheit Österreich GmbH begleitet.

- weiterführende Informationen und Projektstandorte: <https://pflege.gv.at/community-nursing>

5. Geschlechtergerechte Stadtplanung und Stadtentwicklung

Wien gilt als Vorreiter bei der geschlechtergerechten Stadtplanung.

- möglicher Kontakt: Eva Kail ist Obersenatsrätin und Expertin für frauengerechtes Planen und Bauen am Amt für strategische Planung in Wien. Sie hat feministische Stadtplanung populär gemacht und setzt Gender-Mainstreaming in den Bereichen Wohnen, Verkehr sowie der Planung und Gestaltung öffentlicher Räume um.

6. Österreichisches Rentenmodell

Die österreichische Rentenversicherung zeichnet sich durch eine Kombination aus staatlicher, betrieblicher und privater Vorsorge aus. Die Altersrenten liegen im Schnitt 55 Prozent höher als in Deutschland. Das Rentensystem in Österreich unterscheidet sich in mehreren zentralen Punkten vom deutschen Rentensystem, wie zum Beispiel dem Renteneintrittsalter und der Rentenhöhe. In Österreich zahlen alle Erwerbstätigen in die Rente ein, auch Selbstständige und Beamte. Das Regelpensionsalter liegt in Österreich bei 60 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer.

7. Sozialer Wohnungsbau

Der soziale Wohnungsbau in Österreich ist ein staatlich geförderter Bau von Wohnungen, insbesondere für soziale Gruppen, die ihren Wohnungsbedarf nicht am freien Wohnungsmarkt decken können. Das österreichische System der sozialen Wohnversorgung ist durch kontinuierlichen Neubau und günstige Mietpreise gekennzeichnet. In Europa gilt Österreich als Vorbild im sozialen Wohnungsbau.

- weiterführende Informationen: <https://www.derstandard.at/story/2000143076112/doskozils-angriff-auf-die-wohnungsgemeinnuetzigkeit>

8. Internationale Fach-Kräfteoffensive

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) begegnet dem Fachkräftemangel in Österreich mit einer Reihe von Maßnahmen im In- und Ausland. Dafür hat die WKÖ im Rahmen ihrer Internationalen Fachkräfte-Strategie Handlungsfelder, Fokusländer und Fokus-Mangelberufe definiert, die den besten Match mit den in Österreich vorherrschenden Gegebenheiten versprechen.

- Vorschlag: Vorstellung der Strategie und Austausch mit der WKÖ
- weiterführende Informationen: <https://www.wko.at/fachkraefte/internationale-fach-kraefte-offensiv>